

DAS DOKUMENT

Spanien-Manifest des IBFG

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften beschloß das folgende Spanien-Manifest:

Mit ständig wachsender Besorgnis verfolgt die demokratische Welt die Leiden des spanischen Volkes auf seinem Wege zur Befreiung. Die Hoffnungslosigkeit und das Elend, die das Diktaturregime verursacht hat, haben bisher in Spanien eine Ruhe an der Oberfläche geschaffen, aber diese scheinbare Ruhe täuscht. Die Leiden des spanischen Volkes sind so groß, daß sie zu tragischen Folgen führen können, wenn nicht ihre Ursachen beseitigt werden.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften tritt seit jeher für die Sache der spanischen Arbeiter und des spanischen Volkes ein. Er hat stets Francos Diktaturregime verurteilt und wiederholt das spanische Problem bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen, wie der Internationalen Arbeitsorganisation und der UNESCO, vorgebracht. Nach sorgfältiger Überprüfung der Lage in Spanien und unter Anhörung der Stimme derer, die schon allzu lange daran gehindert werden, ihre Gedanken frei zu äußern, gibt der IBFG in seinem eigenen Namen und im Namen seiner spanischen Mitgliedsorganisationen nunmehr dieses Manifest heraus und ruft alle demokratischen Kräfte der Welt und der freien Gewerkschaften in allen Ländern auf, diese dringenden Forderungen zu unterstützen:

1. Errichtung einer überparteilichen vorläufigen Regierung, die alle demokratischen und antitotalitären Kräfte vertritt, die dem spanischen Volk die Ausübung seiner Grundfreiheiten garantieren und in kürzest möglicher Frist freie Wahlen vorbereiten soll, in denen das spanische Volk entscheiden kann, welche Regierungsform im Lande herrschen soll.
2. Sofortige Aufhebung aller Gesetze über die in Mißkredit geratenen falangistischen Gewerkschaften und Wiederherstellung freier, von einer Kontrolle durch Regierung und Arbeitgeber unabhängiger Gewerkschaften.
3. Herstellung des Vereinigungsrechtes und aller persönlichen Freiheiten.
4. Freilassung und Amnestierung aller politischen Gefangenen, Rückberufung aller Emigranten, die nach Spanien zurückzukehren wünschen, ihre Wiedereingliederung in das öffentliche Leben und Entschädigung für alle Verluste an Eigentum, Einkommen und sozialen

Rechten, die sie infolge politischer Verfolgung einzeln oder gemeinsam erlitten haben.

5. Ein Programm für den Wiederaufbau und die Entwicklung der spanischen Wirtschaft und für die Verbesserung des bedauernswert niedrigen Lebensstandards der Industrie- und Landarbeiter.

6. Ein Programm für eine echte Bodenreform, für landwirtschaftliche Investitionen und Bodenverbesserung, um den Fortschritt der landwirtschaftlichen Produktion zu sichern.

7. Großangelegte internationale finanzielle und technische Hilfe zur Durchführung der Programme für die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft.

Die freie Welt ist es dem spanischen Volke und sich selbst schuldig, dieser großen und alten Nation zu Hilfe zu kommen, damit sie den Weg zu einer friedlichen demokratischen Entwicklung und zum Wohlstand für alle wiederfinden möge.

*

Klage gegen die spanische Regierung

In Übereinstimmung mit der vorstehenden Spanien-Resolution hat der Generalsekretär des IBFG bei der Internationalen Arbeitsorganisation wegen Verletzung der Gewerkschaftsrechte durch die spanische Regierung Klage eingereicht. Indem der IBFG darauf verweist, daß die Aufhebung der Freiheit der Bürger anlässlich des Bergarbeiterstreiks erneut das Fehlen der Gewerkschaftsfreiheit in Spanien bestätigt habe, verurteilt er die letzten Maßnahmen als „eine klare Verletzung der von der spanischen Regierung angenommenen Verpflichtungen, nachdem Spanien Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation geworden war“.

Der IBFG ersucht den Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation,

1. die spanische Regierung aufzufordern,
 - a) unverzüglich den Erlaß, durch den gewisse Bürgerrechte in den Bergwerksprovinzen Nordspaniens aufgehoben wurden, rückgängig zu machen;
 - b) die Ausübung der Gewerkschaftsrechte durch die Bergleute des betreffenden Gebietes zuzulassen;
 - c) den Arbeitern, die Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt sind, all ihre Rechte zurückzugeben.
2. die Hoffnung auszudrücken, daß in Zukunft die spanische Regierung zu solchen Unterdrückungsmethoden, die gegen die Grundsätze und Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation verstoßen, nicht mehr Zuflucht nehmen wird.